

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

September 2009

Nr. 9 · 5. Jahrgang

Wahlen

3/6 Superwahljahr 2009 – Teil 9
„Kaiser-Tour“ live in Potsdam

Unsere Kandidaten

6–9 Rolf Kutzmutz, Hans-Jürgen
Scharfenberg und Anita Tack

Forum

10 Meinungen zu: Die DDR –
wie wir sie sehen

Ich wähle – und selbstverständlich links ...



Else Schneider, Rentnerin, Zentrum Ost:

Natürlich wähle ich DIE LINKE. Das ist doch die einzige Partei, die sich um uns kleinen Leute nicht nur im Reden, sondern auch im täglichen Kleinklein kümmert. Und Hans-Jürgen Scharfenberg, Rolf Kutzmutz und Anita Tack sind doch seit Jahren stadtbekannt und aktiv. Auf die kann man sich wirklich verlassen.



Klaus-Dieter Kurrat, Olympia-Silbermedaillengewinner in Montréal, Kleinmachnow:

Ich kenne Rolf Kutzmutz schon sehr lange – ein grundehrlicher Mensch. Ein Mann, ein Wort, er tut einfach, was er sagt. Er hat so eine gewisse Toleranz anderen Menschen gegenüber, eine grundlegende Achtung vor dem Anderen. Wenn so einer in meinem Wahlkreis für die LINKEN im Bundestag kandidiert, dann muss ich den einfach wählen.



Tina Schulze, 18 Jahre, Erstwählerin, Schülerin, Kirchsteigfeld:

Ich wähle DIE LINKE, weil sie wirklich etwas für die Bildung und für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen tut. Das beginnt mit den Kitas, geht weiter z. B. mit dem Einsatz für den Campus Am Stern und zeigt sich anschaulich im Einsatz für das Projekt FreiLand.



Renate Vehlow, Angestellte, OWUS (parteinaher Wirtschaftsverein der LINKEN):

Ich wähle die LINKEN, weil sie sich wirklich für die kleinen und mittelständischen Unternehmen stark machen. Bei Leuten wie Rolf Kutzmutz, Hans-Jürgen Scharfenberg oder Anita Tack kann man nachfragen und sicher sein, dass sie an den Problemen dranbleiben. Nicht nur zu Wahlkampfzeiten.

Auf ein Wort...



Warum DIE LINKE wählen?

Von Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin der LINKEN für den Brandenburger Landtag

Wie kommen wir weiter durch die Krise und aus ihr heraus? Zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten? Wer will, dass diejenigen zahlen, die die Krise verursacht und von ihr profitiert haben, muss DIE LINKE wählen!

Vor vier Jahren verlor bei der Bundestagswahl, wer Hand an den Sozialstaat legte. Rot-Grün verschwand, Schwarz-Gelb verfehlte die Mehrheit. Sollen sie jetzt freie Hand bekommen?

2005 hatte DIE LINKE das verhindern können – und mit Forderungen nach gesetzlichem Mindestlohn, nach Überwindung von Hartz IV, nach gerechter Rentenpolitik und nach Abzug aus Afghanistan Maßstäbe für die Politik gesetzt. Damit jetzt aus den Maßstäben Wirklichkeit wird: DIE LINKE wählen!

Das gilt auch für Brandenburg: Wir wollen, dass unser Land nicht nur in den Wahlkampfankündigungen, sondern in der Tat sozialer wird. Dass niemand zurückgelassen wird – in Kita und Schule nicht, im Erwerbsleben nicht, nicht in Arbeitslosigkeit und Armut und auch nicht in seiner Heimatregion! Deswegen in Bund und Land: DIE LINKE!



Gregor kommt:

Freitag, den 25. September
von 11 Uhr bis 13 Uhr
Brandenburger Tor in Potsdam
mit Musik von den MuSix
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Alle Stimmen für DIE LINKE.

Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

Aus: Antwort der LINKEN auf „Wahlprüfsteine“ der Kleingartenfreunde

DIE LINKE steht für den Erhalt der Kleingärten und sieht in ihnen ein hohes soziales und ökologisches Gut. Die Kleingärtner, Nutzer von Erholungsgrundstücken und Eigentümer von Garagen auf fremdem Grund und Boden, die nicht zu den Reichen dieser Gesellschaft gehören, über keinen Grund und Boden verfügen und ihre Freizeit mit sinnvoller, gesunder und gesellschaftlich nützlicher Betätigung in der Natur und im Wohngebiet verbringen, vertreten bundesweit eine große Bevölkerungsgruppe von mehr als fünf Millionen Betroffenen. Ihre Interessen und Bedürfnisse müssen nach Auffassung der LINKEN Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sein.



Rolf Kutzmutz im „Wahlnavigator“

Für die rbb-Serie „Wahlnavigator“ stand Rolf Kutzmutz im Obstgut Marquardt vor der Kamera dem Sender Rede und Antwort. Rolf will sich im Bundestag vorrangig für kleine und mittelständische Unternehmen einsetzen.

Freilichtmuseum... oder wie sieht eine lebendige Innenstadt aus?

Potsdam soll zwischen Platz der Einheit und dem Brauhausberg in den nächsten Jahren ein neues Gesicht erhalten. Viele Entscheidungen zur künftigen Gestaltung und Nutzung und damit auch zum Umgang mit alter und neuer Architektur wurden bereits getroffen bzw. sind noch zu treffen.

Um im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung die Interessen und Meinungen der Potsdamerinnen und Potsdamer noch besser vertreten zu können, hat sich die Direktkandidatin der LINKEN für den Wahlkreis 21, Anita Tack, an die Bürgerinnen und Bürger und an die Studierenden der Stadt gewandt und ihre Meinung zur Gestaltung der Potsdamer Innenstadt erbeten. Die 10 Fragen reichen von Nachnutzungsideen für Gebäude aus den 60er und 70er Jahren, über den Brauhausberg bis hin zum Schwimmhallenstandort u.a. Die Aktion läuft noch bis zum 18. September und wird dann öffentlich ausgewertet.

(Mehr Infos unter www.anita-tack.de)

Viel Spaß im Lustgarten beim Sommerfest

Es war das 20. Sommerfest, das die LINKE im Lustgarten in diesem bedeutenden Wahljahr organisierte. Und es wird immer mehr ein beliebtes Fest für die ganze Familie.

Dass sich kurzweilige Unterhaltung und politische Information vortrefflich ergänzen können – dafür haben die Macher des Sommerfestes, allen voran Rolf Kutzmutz als einer der „Erfinder“, mittlerweile ein gutes Händchen. Ein Bühnenprogramm zur Unterhaltung, Informationsstände, Talkrunden mit den linken Wahlkandidaten und ihren Gästen über alle angehende Probleme in Potsdam, eine Tombola, für die Unternehmen der Landeshauptstadt lukrative Preise gespendet haben, politische Aktionen, Unterschriftenaktionen für den Schwimmhallenstandort und die freien Potsdamer Seen, Hand-Signes auf einem Plakat gegen Kinderarmut in Brandenburg – vielfältig, kurzweilig und in familiärer Atmosphäre von Besuchern, die sich bei der LINKEN gut aufgehoben fühlen.



Schwimmbad am Brauhausberg sanieren



343 Potsdamerinnen und Potsdamer beteiligten sich an einer Blitzumfrage, die die LINKE bei ihrem Jubiläumssommerfest am 22. August im Lustgarten zum Standort eines Schwimmbades in Potsdam durchführte. 3 sprachen sich für das Straßenbahndepot in der Heinrich-Mann-Allee, 6 für die Biosphäre und 334 Teilnehmer für die Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg aus. Damit sieht sich die LINKE in ihrer Auffassung bestätigt, dass das vom Oberbürgermeister und den ihn stützenden Rathausfraktionen favorisierte Biosphärenprojekt nicht gewünscht ist.

Wahlversprechen umsetzen, aber wie?

Zum dritten Mal Wahlkampf, zum dritten Mal mit denselben Themen. „Soziale Gerechtigkeit“, „gute Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern“ und Mindestlöhne sind Schlagworte auf den tiefroten Plakaten. Inhalte und Aufwand machen deutlich, ja, die SPD will endlich Regierungsverantwortung im Land Brandenburg übernehmen.

Sie will verändern, will Versäumtes nachholen. Die SPD? Aber ist die SPD nicht seit zwanzig Jahren an der Macht in Brandenburg? Mal mit der FDP und den Grünen, mal alleine und mal mit der CDU.

Die SPD scheint von einem gedächtnislosen Wähler auszugehen, der nur „den Brandenburger“ als seinen Leitwolf erkennen muss, um an der richtigen Stelle ein Kreuz zu machen. Vielleicht klappt es ja in der Uckermark.

Die SPD formuliert zurzeit hehre Forderungen, zum Beispiel für die Bildung. Aber die hätte man als Regierung doch umsetzen können, vielleicht sogar mit den Stimmen der Opposition. Der Krankenstand der Lehrer steigt, Schulausfall ist an der Tagesordnung! Mehr Lehrkräfte braucht das Land – aber die SPD als Regierungspartei tut nichts, außer jetzt zu plakatierten: Mehr für die Bildung!

Zum Schuljahr 2009/10 wurden weitere 600 Stellen gekürzt, nur 180 von 300 der vorgesehenen Einstellungen erfolgten, von 721 Bewerbern um ein Referendariat zum Schuljahr 2009/2010 bekamen nur 231 eins. Zwischen 2007 und 2009 haben insgesamt 517 Lehramtskandidaten ihren Vorbereitungsdienst erfolgreich in Brandenburg absolviert – aber nur 233 bekamen eine Stelle! Die Hälfte der in Brandenburg

ausgebildeten Lehrkräfte geht weg, sucht sich anderswo eine Stelle. Ein Skandal! Man kann sich noch andere Themen in der Bildung ansehen: Ausstattung der Schulen, kurze und sichere Schulwege oder eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung. Stets wurden Anträge der LINKEN von der SPD abgeschmettert, weil „unbezahlbar“ und „populistisch“ (was ist eigentlich so schlecht an populistisch?) Kommt das Wort nicht aus dem Lateinischen, populus, das Volk, was ist falsch, wenn man für das Volk eine Politik macht und nicht für Telekom, VW oder EADS?

Jetzt, kurz vor den Wahlen, plakatiert die SPD für bessere Bildung! Es ist eine verantwortungslose, geradezu zynische Wahlstrategie aus der „Ostkurve“, die auf die Dummheit des Wählers setzt.

Und nach der Wahl? Mit wem

will die SPD diese Forderungen durchsetzen, mit dem stagnierenden und sich selbst zerfleischenden Alt-Koalitionspartner CDU oder den selbsternannten dynamischen „Anwälten der Mitte“, die gerade ihr neoliberales Mantra verschämt über-tünchen? Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit im Land, dazu gehört z.B. ein Mindestlohn, ist mit diesen Partnern sicherlich nicht zu machen. Es wird jetzt viel davon gesprochen, dass nach der Wahl zählt, was man vor der Wahl gesagt hat, z.B. hinsichtlich von Koalitionspartnern. Wie wäre es, wenn man das auch auf Inhalte anwenden würde: Die SPD formuliert jetzt soziale Forderungen, sie sollte sich daran auch nach der Wahl – wenn an der Macht – erinnern und politisch umsetzen. Eine starke LINKE ist dazu bereit.

Sascha Krämer

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Damit aus der **Hoffnung** für das Andere eine **Möglichkeit** wird

Die Diskussionen in diesen Tagen beweisen, dass sie zusammenpassen: Probleme, Fragen der Menschen mit Antworten in unserem Landeswahlprogramm. Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Wie könnten neue entstehen? Was tun wir für die armen Kinder, die auch in unserem Land immer mehr werden?

Es gibt viele Möglichkeiten, etwas zu machen, im Parlament wie in den Kommunen und auf der Straße. So haben wir im August in Potsdam auf der Brandenburger Straße die Aktion *Painting Hands* des Vereins „Gegen Kinderarmut e.V.“ unterstützt (Foto). Die Idee ist, so viele farbige Hände wie möglich auf Leinwand oder Stoff, Bannern oder Tüchern, festzuhalten. Jede, in bunten Farben abgedruckte Hand steht symbolisch für ein in Armut lebendes Kind in Deutschland und soll dazu auffordern, nicht wegzuschauen, sondern etwas gegen Kinderarmut zu unternehmen!

Denn nach neuesten Berechnungen leben heute in Deutschland allein 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche auf Sozialhilfeniveau – in Brandenburg sind es 70.500. Das heißt, hierzulande wächst jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des Landes ist sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. Wir halten das für einen Skandal und fordern deshalb in unserem Wahlprogramm eine Bundesratsinitiative zur ar-

mutsfesten Grundsicherung für Kinder.

Inzwischen vergeht kaum noch ein Tag, an dem keine neue Pleite oder Kurzarbeit in einem Betrieb vermeldet wird. Auch in über 2000 Brandenburger Firmen wird derzeit kurz gearbeitet. Über 25.000 Menschen sind davon betroffen. Arbeitsplätze werden abgebaut oder sind in Gefahr. In Brandenburg können aber 15.000 neue Stellen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geschaffen werden. Das ist keine Illusion, sondern reale Möglichkeit. DIE LINKE hat ein durchfinanziertes Konzept dafür auf den Tisch gelegt. Der Bedarf an gesellschaftlich notwendiger Arbeit ist groß. Wir orientieren

uns da an den Erfahrungen des SPD-LINKS-Senats in Berlin, wo es bereits einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gibt. Die Beschäftigten dort widmen sich dem Miteinander der Menschen in den Kiezen und dem Kontakt zwischen den Kulturen. Andere unterstützen und begleiten Ältere oder Menschen mit Behinderungen, wieder andere arbeiten in Kulturprojekten. So nutzt es einerseits den Langzeitarbeitslosen, die wieder eine tarifgemäß bezahlte Arbeit bekommen, und andererseits der ganzen Gesellschaft – durch Stärkung von sozialer Infrastruktur, Kultur und sozialem Zusammenhalt.

Statt massenhafter, perspektivloser Ein-Euro-Jobs plädiert

DIE LINKE für Existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige öffentliche Beschäftigungsverhältnisse. Nach dem Konzept der LINKEN muss das monatliche Entgelt mindestens 1400 Euro Arbeitnehmer-Brutto oder 8 Euro pro Stunde als Einstieg betragen. Zur Finanzierung des ÖBS sollen mittelfristig die Gelder eingesetzt werden, mit denen jetzt die Arbeitslosigkeit finanziert wird. Das ist eindeutig der gesellschaftlich bessere Weg.

Ich wünsche uns LINKEN für den 27. September ein starkes Ergebnis, damit ein sozialeres Brandenburg möglich wird.

Kerstin Kaiser

Spitzenkandidatin der LINKEN zur Landtagswahl 2009



Raus aus Afghanistan – sofort!

Ein Gelöbnis in Strausberg – und ein deutscher Verteidigungsminister, der seinem Namen alle „Ehre“ macht

Jung verteidigt: Den „Einsatz“ in Afghanistan, den „Einsatz seiner Jungs“. Ein Einsatz, der längst ein Krieg ist – mit gefallenen Soldaten und getöteten Zivilisten. Doch das Kämpfen geht weiter, wie das Training der deutschen Soldaten. Business as usual – Kollateralschäden nicht ausgeschlossen. Welch ein Zynismus!

Strausberg am 5. September 2009: Die Bundeswehr ruft zum Gelöbnis für junge Soldaten – so als wäre nichts geschienen.

Nur 24 Stunden nach dem von der Bundeswehr befohlenen Angriff auf zwei Tanklaster in Afghanistan. Noch weiß of-

fenbar niemand genau, wie viele Menschen dabei gestorben sind. Kein Wort dazu in der Ansprache zum Gelöbnis mit den jungen Männern, die jetzt Soldaten sind und in diesen Krieg geschickt werden können.

Dafür Dank des Kommandeurs an Mütter und Frauen, die ihre Aufgabe zu Hause sehen und den Söhnen und Männern den Rücken freihalten! Anschließend belustigendes Volksfest im Biwak der Bundeswehr – was für ein menschenverachtendes Schauspiel.

Seit Jahren fordert DIE LINKE als einzige Partei in Deutschland parlamentarisch wie außerparlamentarisch: Raus

aus Afghanistan. Auch in Strausberg waren wir vor Ort und haben unseren Protest deutlich gemacht.

Im Parlament hatte DIE LINKE für den 8. September 2009 eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. Die Tötung und Verletzung zahlreicher Zivilisten ist eine dramatische Zuspitzung des Kriegseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan. Über diese Entwicklung darf der Bundestag, der den Bundeswehreinsetz mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen beschlossen, immer wieder verlängert und ausgeweitet hat, nicht schweigend hinweggehen.

DIE LINKE bleibt dabei: Terrorismus kann niemals wirksam mit Krieg bekämpft werden. Nur Gewaltverzicht, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie eröffnen einen Ausweg aus der afghanischen Sackgasse. Der Abzug der Bundeswehr ist ohne Alternative und kann auch nicht bis 2015 warten, sondern muss sofort beginnen.

Deshalb hatte DIE LINKE zu einer Antikriegs-Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin aufgerufen.

Fordern wir gemeinsam: „Schluss mit dem Bomben! Raus aus Afghanistan!“ Sofort!

Kerstin Kaiser

Ausführlich können Sie zu den 15 Projekten der LINKEN für die nächsten fünf Jahre nachlesen - unter dem Stichwort „Schlüsselvorhaben“ unter www.dielinke-brandenburg.de

»Krieg ist kein Mittel der Politik«

Mehrere hundert Menschen folgten am späten Nachmittag des 8. Septembers dem Aufruf der LINKEN zu einer Kundgebung am Brandenburger Tor in Berlin gegen den Krieg in Afghanistan, auf der Daniela Dahn, Gregor Gysi, Christoph Hein und Oskar Lafontaine sprachen. Wenige Stunden vorher verteidigte die Bundeskanzlerin im Bundestag den Kriegseinsatz in Afghanistan.

„Wir fordern den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, weil wir der festen Überzeugung sind, dass der Einsatz der Bundeswehr nicht der internationalen Sicherheit dient, nicht dem Frieden und er auch nicht geeignet ist, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen“, entgegnete Oskar Lafontaine in seiner Antwort auf Merkels Regierungserklärung.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

September 1749

Friedrich Wilhelm I., bekannt auch unter dem Namen „Soldatenkönig“, war zwar nicht der einzige Monarch Europas, der Gefallen an „Langen Kerlen“ fand, doch er trieb seine Passion bis zur Perfektion. Kaum ein Land Europas gab es, aus dem er nicht die so sehr begehrten Soldaten her hatte – geworben,

geschenkt, gekauft, geraubt... Aber auch der Sohn, Friedrich II., der sich zu Lebzeiten des Vaters nicht recht mit ihm verstand, legte Wert auf gute Soldaten, wenn sie auch nicht ein solches Gardemaß aufweisen mussten. Und dabei war ihm auch so manches Mittel recht.

So hatte sich ein Schweizer

namens Herrensclund in einer Bittschrift vom 03. September 1749 an den Preußenkönig gewandt mit der Bitte, ihn mit einer „...Accise- oder Zollbedien-ung bei ereignender vacance versehen zu lassen...“ Keine ungewöhnliche Bitte seinerzeit. In seinem Antwortschreiben vom 05. September lässt Friedrich II.

als Bedingung dafür seine Forderung aus dem Sack: Wohl bedenken würde die Bitte der König, wenn der Bittsteller „...zwei gute und tüchtige Recruten anhero geliefert und praesentiert hat“.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!

-rt

Ehre ihrem Andenken

September 1944

Am 05. September 1944 fällte der sogenannte Volksgerichtshof in Potsdam drei Todesurteile gegen Männer, die an der Spitze der bedeutendsten kommunistischen Widerstandsorganisation gegen das Hitlerregime gestanden hatten: Bernhard Bästlein (geb. 05. 12. 1894), Anton Saefkow (geb. 22. 07.

1903) und Franz Jacob (geb. 09. 08. 1906).

Die Widerstandsorganisation, der etwa 425 Mitglieder, darunter auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Parteilose, angehört hatten, war einem Verrat zum Opfer gefallen. 104 ihrer Mitglieder werden hingerichtet.

Am 18. September 1944 auch die drei Führenden.

Anton Saefkow an seine Frau: „Schon mit diesem Brief will ich Dir, mein Kamerad, danken für das Große und Schöne, das Du mir in unserem gemeinsamen Leben gegeben hast... Erst heute, mit diesen Zeilen, habe ich wegen der Gedanken an Euch

die ersten nassen Augen nach dem Urteil. Denn das Weh, das mich zerreißen könnte, hält der Verstand zurück. Du weißt, ich bin ein kämpferischer Mensch und werde tapfer sterben. Ich wollte immer nur das Gute...“

„color 20“ – ein Jubiläums-Highlight

September 1969

Die Vorbereitungen auf den 20. Jahrestag der Gründung der DDR am 07. Oktober 1969 begannen lange vor diesem Jubiläum.

Und es fehlte zentralerseits nicht an Ideen, dieses Ereignis allen Bürgern recht eindrücklich ins Hirn zu prägen. Da kam ein neuer synthetischer Stoff auf den Markt – „Präsent 20“



und eine neue Münze klimperte in den Geldbörsen – das 20-Pfennig-Stück.

Am 26. September 1969 erlebten die Potsdamer einen neuen Jubiläumshöhepunkt: Die ersten Farbfernsehgeräte aus DDR-Produktion werden angeboten. Im 20. Jahr des Bestehens der DDR bot sich der Name geradezu an: „color 20“!

„Hervorragendes Volkskunstkollektiv der DDR“

September 1969

Der in Potsdam lebende Schriftsteller Hans Marchwitza hatte das Wort geprägt, wonach jeder zweite Herzschlag unseres Lebens Kultur sei. Das Wort stand auch an der Wand der Eingangshalle des Hauses, das

als Kulturhaus seinen Namen trug.

Das Wort wurde sehr ernst genommen und besaß Gültigkeit in allen Lebensbereichen. Und für solche Menschen, die sich in einem Kollektiv kulturel-

len Fragen widmeten, wurde 1969 – im 20. Jahr des Bestehens der DDR – eine besondere Form der Ehrung geschaffen: die Medaille „Hervorragendes Volkskunstkollektiv der DDR“. Als diese Auszeichnung am 28.

September 1969 erstmals verliehen wurde, erhielten sie 39 Volkskunstkollektive der DDR. Dabei auch das Gesangs- und Tanzensemble der Pädagogischen Hochschule Potsdam.

Der erste Leiter des „Zirkels schreibender Arbeiter“ – Kurt Pierson

September 1989

Am 29. September 1989 verstarb der Autor und Fachmann für preußische Lokomotivgeschichte Kurt Pierson – Silvester 1898 hatte er das Licht der Welt erblickt. Sein Berufsleben lang hatte er sich – zuletzt im VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg – als Ingenieur um die Entwicklung neuer Lokomotiven gesorgt. Daneben waren aus seiner Feder zahlreiche Publikationen zur Geschichte des

preußischen Eisenbahnwesens geflossen – auch literarischer Art. Kein Wunder also, dass die 12 Kollegen aus dem VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg, die sich am 20. Oktober 1960 zu einem „Zirkel schreibender Arbeiter“ zusammenfanden, ihn als Berater gewinnen wollten. Und Kurt Pierson stimmte zu, diese Aufgabe im ersten „Zirkel schreibender Arbeiter“ der Stadt Potsdam zu

übernehmen. Damit stellte er sich seiner eigenen Maxime, denn wenige Monate später, am 25. Mai 1961, erklärte er in der „Märkischen Volksstimme“: Der Schriftsteller sollte „...nicht auf Gefühle und Schicksale verzichten, die ihm in den Brigadetagebüchern entgegenreten. Wenn einst von Bitterfeld her der Weg der schreibenden Arbeiter begann, so halte ich dieses für einen ungemein wichti-

gen Weg zur weiteren Entwicklung unserer Literatur. Damit ist nicht gesagt, dass sich nun der Schwerpunkt des literarischen Schaffens in die Betriebe verlagern soll, sondern dass vielmehr von dort die Impulse kommen...“

Potsdam – Kaiser-Tour ganz ohne Hohenzollern

In Potsdam unterwegs waren die Landtags- und Bundestagskandidaten der LINKEN am 9. September, um mit renommierten Einrichtungen und Unternehmen ihre Wahlziele zu besprechen



Landtags-Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser, die Potsdamer Landtagskandidaten Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg hatten sich zunächst in der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ (HFF) verabredet, wo sie mit dem Präsidenten Prof. Dr. sc. phil. Dieter Wiedemann und der Kanzlerin Brigitte Klotz sprachen. Als „sehr sympathisch“ bezeichnete Wiedemann die Forderung der LINKEN, den „Master“ als Regelabschluss des Studiums zu fordern sowie die Absicht, 250 Stellen im Mittelbau zu schaffen, denn die Personalkosten seien an der HFF nur zu 67 % ausfinanziert.



Im Möbelhaus Porta konnten der Geschäftsführer Ost Dr. Detlef Seidel und Hausleiter Jens Buschkies noch einmal Dank sagen für die Ansiedlungsunterstützung durch die LINKE, die Porta in die Lage versetzte, den Standort „in Weltrekordzeit“ vor einem Jahr in Betrieb zu nehmen und für 250 Arbeitskräfte – vor allem selbst qualifizierte Langzeitarbeitslose aus der Region – existenzsichernde Arbeit zu schaffen. Das Unternehmen schreibe „Schwarze Zahlen“ und engagiere sich mit materieller Unterstützung auch in der Region. Porta in Potsdam sei Beispiel für „ein beidseitig gehaltenes Wort“.



„Am Stern“, dem bevölkerungsreichsten Stadtteil Potsdams, gibt es ein Beispiel, wie ein Bildungsstandort der Zukunft aussehen sollte: Hinter der Bezeichnung „Campus am Stern“ verborgen sich Gymnasium, Grundschule und Musikschule, gemeinsam genutzte Sporthalle, Sportstadion, Schwimmhalle, Bibliothek. Die Schulleiter des Gymnasiums, Uwe Schmidt, und der Grundschule, Gerald Schneider, arbeiten mit Kooperationsvereinbarung nicht nur in den Einrichtungen zusammen, sondern auch inhaltlich, um den Schülern den Übergang zu erleichtern – eine von der LINKEN betriebene Aufwertung des gesamten Wohngebietes, denn die Einschulungen sind sprunghaft gestiegen.



Zur Verabredung im „Luftschiffhafen“ gesellte sich der Potsdamer Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag, Rolf Kutzmutz, zu den Kandidaten – Sport ist schließlich seine Passion. Geschäftsführer der PRO Potsdam, Horst Müller-Zinsius, informierte die Kandidaten über die Vorhaben, die nach den Entscheidungen zur Verwendung des Konjunkturpaketes II am Standort Potsdam des Olympiastützpunktes Brandenburg möglich werden. Die neue, vielfältig verwendbare Halle und weitere Neubauten und Sanierungen auf dem Gelände werden dort bald das Bild auf dem traditionsreichen Sportareal bestimmen.



„Ein Lied kann manchmal mehr erreichen als eine Rede“ – Kerstin Kaiser muss nicht mehr viel sprechen zum Publikum am Abend im Wahlquartier, sie singt mit ihrer Band, und man ahnt, wie Politik sein könnte, wenn die Spitzenkandidatin der LINKEN sich durchsetzt: „Die Kraniche fliegen im Keil und erinnern mich an meinen Traum von einem sozialeren Land – einem Land, in dem niemand zurückgelassen wird.“

Er ist im Wahlkreis zu Hause

Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung / Rolf Kutzmutz – unser Bundestagskandidat mit regionaler Verwurzelung

Warum haben Sie sich entschieden, noch einmal für den Bundestag zu kandidieren?

Nun, ich habe länger darüber nachgedacht, als Freunde und auch manche kritische Wegbegleiter es von mir gewohnt sind. Nach den Kommunalwahlen in Brandenburg im Jahre 2008 und dem dabei erzielten Ergebnis (zweitbestes aller angetretenen Kandidaten in Potsdam) wurde ich des öfteren gefragt, ob das nicht Beleg genug wäre, es noch einmal zu versuchen – als Kandidat für den Bundestag mit regionaler Verwurzelung. Stimmen zu gewinnen, dazu sehe ich mich in der Lage, auch, weil ich nicht nur zu Wahlzeiten in Potsdam und darüber hinaus unterwegs bin.

Letztlich waren es auch der daraus erfahrene Zuspruch und die Überzeugung, dass Wählerinnen und Wähler, die der LINKEN in Potsdam und in den Städten und Gemeinden in Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming, die zum Wahlkreis 62 gehören, ihre Stimme geben wollen, die Möglichkeit dazu haben sollen.

Sie haben sich u. a. als langjähriger Vorsitzender des linken Unternehmerverbandes OWUS einen Namen gemacht. Warum kümmern Sie sich vor allem – auch heute noch – um den Mittelstand?

Ein linker Unternehmerverband – das war am Beginn für viele in der Partei ein Widerspruch in sich. Wir haben lange gebraucht, um die Vorurteile auszuräumen, um uns einbringen zu können. Christa Luft, Helmut Markov, Klaus Eichler, um nur drei zu nennen, haben dabei eine riesige Arbeit geleistet.

Sieben Jahre habe ich an der Spitze von OWUS gestanden, das war auch die Zeit, während der ich selbst im Deutschen Bundestag war und dabei für die Arbeit im Verband einiges leisten konnte. Und es war schon eine sehr positive Erfahrung, dass bei den Diskussionen, die es immer wieder zum Mittelstand in Deutschland gab (und ja auch noch gibt) auch die Kleinstunternehmen und Freiberufler eine Stimme hatten. Davon – denke ich – haben beide Seiten profitiert.

Gemeinsam ist es uns gelungen, in der Partei wirtschaftliche Probleme anzusprechen, die Partei dafür zu sensibilisieren, und in der Öffentlichkeit war es

Rolf Kutzmutz ist im Wahlkreis 62 der Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag. Über seine Beweggründe, Ziele und Ideen sprach mit dem Potsdamer Gerlinde Krahnert.



Turbine ist Meister

Seine ganze Leidenschaft und viel Energie gehören der Unterstützung des 1. FFC Turbine. Da ist sowohl das freundschaftliche Verhältnis zu den Spielerinnen aller Altersklassen und zu den Trainern und Übungsleitern gemeint, wie auch das zu den Fans im Stadion. Seine Aufgabe ist es, Sponsoren zu werben und natürlich zu betreuen – das ist interessant, anstrengend und notwendig. Natürlich ist es gut, dass nicht jeden Tag Endspiele anstehen, wie das, mit dem die Meisterschaft entschieden wurde. Eigentlich war Platz 2 das Ziel – der war nach 90 Minuten sicher und plötzlich zeigt sich, weil Bayern München in Crailsheim (beim feststehenden Absteiger) kein viertes Tor gelingen will, die Chance, die Meisterschale in Potsdam zu behalten. Die 3 Minuten Nachspielzeit waren die längsten, die Rolf Kutzmutz bisher im Fußball erlebt hat. Und dann dieser unbeschreibliche Jubel, die Freude (Foto) – das zu erleben, entschädigt für alles, was man vorher an Zeit und Kraft investiert hat.

schon wichtig, immer darauf verweisen zu können, dass es für die Vorschläge, die wir unter-

breiteten eine sachlich fundierte Grundlage gab. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verant-

wortung – das ist der Leitspruch, nach dem linke Unternehmer handeln – das ist mehr als eine

Losung, das ist ein Programm. Dem fühle ich mich verpflichtet.

Eine neue Erfahrung nach der Gemeindegebietsreform, die Sie ja auch als Stadtverordneter begleitet haben, war sicher, dass die Landeshauptstadt mit den neuen Ortsteilen einen stadtuntypischen Wirtschaftszweig dazubekommen hat: Die Landwirtschaft. Haben Sie damit etwas am Hut?

Ich meine, Potsdam hat zwar die neuen Ortsteile aufgenommen und den einen oder anderen Bebauungsplan dort auch umgesetzt, aber so richtig erkannt, dass ein völlig neuer Wirtschaftszweig dazugekommen ist, hat man noch nicht.

Natürlich schmückt man sich mit dem Potsdamer Nordraum, der Kulturlandschaft und der Lennéschen Feldflur, aber die Probleme der Obstbauern, die unter schwierigen Bedingungen wirtschaften und wahrlich nicht auf Rosen gebettet sind, werden längst noch nicht so wahrgenommen, wie die sich das wünschen.

Es reicht nicht aus, mal bei der Kirsch- oder Apfelernte zum Fototermin vorbeizuschauen.

Dieser Wirtschaftszweig braucht Zuwendung und Unterstützung: bei der bezahlbaren Sicherung von Flächen, den notwendigen finanziellen Mitteln für Pflanzgehölze, ja auch bei Genehmigungen von baulichen Maßnahmen und bei erschwinglichen Kosten verfügbares Wasser für die Beregnung.

Ich bin sicher, das würde sich für die Landeshauptstadt auszahlen.

Mich verbinden mit der Landwirtschaft Erfahrungen, die ich zu Beginn meiner politischen Arbeit in Potsdam erwerben konnte, und viele freundschaftliche Beziehungen und Kontakte zu Menschen, die in diesem Bereich arbeiten.

Zum Wahlkreis 62 gehört aber nicht nur die Landeshauptstadt. Wie würden Sie das Territorium und seine Bewohner/innen beschreiben?

In meinem Wahlkreis findet sich alles, was eine Region für eine erfolgreiche Entwicklung braucht.

Da ist natürlich die Landeshauptstadt mit ihrem wissenschaftlichen und kulturellen Potential, mit Universität und Fachhochschulen, den Unter-

nehmen der unterschiedlichsten Branchen – auch der Landwirtschaft. Nimmt man die anderen Orte, wie Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow; Ludwigsfelde mit seinen 10 Ortsteilen und Großbeeren und nicht zuletzt Werder, da fallen einem schon eine Menge Dinge ein, die zu nennen wären.

Und wenn ich unterwegs bin, treffe ich halt immer auch auf Menschen, die stolz darauf sind, was sie mit anderen gemeinsam geschaffen haben.

Natürlich ist mir schon bewusst, welche Widersprüche es da auch gibt. Nehmen Sie z.B. Ludwigsfelde. Die Stadt hat eine solide wirtschaftliche Basis und eine gute Entwicklung genommen. Bei Gesprächen wird gern darauf verwiesen, insbesondere von denen, die unmittelbar daran partizipieren. Andere wiederum verweisen darauf, dass diese Entwicklung auch Nachteile mit sich bringt, die mit bedacht werden müssen, wenn Entscheidungen gefällt werden.

Da ist die Lärmbelastigung durch den Straßen-, Schienen- und Flugverkehr. Die Autobahn geht durch den Ort, die Züge Berlin – Leipzig und Berlin – Potsdam belästigen mit ihrem Lärm Ludwigsfelde und Großbeeren. Dazu liegen beide Orte in der Einflugschneise Schönefeld / BBI, die Gefahr, dass das Nachtflugverbot aufgeweicht wird, ist noch nicht vom Tisch.

Das ist die Kehrseite der Industrialisierung und der Wirtschaftsförderung. Mit anderen Worten: Wirtschaftsförderung muss auch immer den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen mitbedenken, zumal es ja nicht wenige Menschen gibt, die aus der Stadt in die vermeintlich ruhigeren Randgebiete, wie z.B. nach Großbeeren, ziehen.

Was haben Sie sich vorgenommen?

Das hängt ja immer auch ein wenig von der Konstellation innerhalb der Fraktion ab.

Ich bin überzeugt, dass ich mit meinen vielfältigen kommunal- und landespolitischen Erfahrungen auch in einer Bundestagsfraktion einen Beitrag zur Sicherung und Stärkung der Daseinsvorsorge und der Rekommunalisierung leisten kann.

Erfahrungen habe ich als wirtschaftspolitischer Sprecher im Bundestag, als langjähriger Vorsitzender des linken Unternehmerverbandes, als Mitglied im Wirtschaftsausschuss, ja, auch in der Sportgemeinschaft des Bundestages sammeln können.

An welcher Stelle ich dann eingesetzt werde, ist ja nicht nur

von meinem Wunsch abhängig, sondern auch von der Besetzung der Fraktion. Aber ganz gleich – welche Verantwortung ich auch übernehme, an Leistungsbereitschaft und Einsatz wird es nicht mangeln – und auch nicht an der festen Einbindung im Wahlkreis.

Welche Vorstellungen haben Sie zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise? Falls Sie das Sagen hätten, gäbe es dann Milliardenpakete für die Banken oder die Autoindustrie? Was halten Sie von der Abwrackprämie?

Meine Vorstellungen zur Überwindung der Krise decken sich voll und ganz mit den Vorschlägen, die in unserem Wahlprogramm stehen und auch von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unterstützt werden. Gebraucht werden direkte Investitionen des Staates, weil dadurch die Wirtschaft gestützt und Wachstum angekurbelt werden. Ein umfassendes öffentliches Konjunktur-, Beschäftigungs- und ein ökologisches Umbauprogramm ist ebenso notwendig, wie Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst und die Förderung von Arbeitszeitverkürzungen in der Privatwirtschaft.

Öffentliche Investitionen in Bildung, kommunale Infrastruktur, in die Bahninfrastruktur, zur Förderung des ökologischen Umbaus und die Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung sind allemal wirksamer als die sogenannte Abwrackprämie, bei der sich jetzt schon wieder „Experten“ mit neuen Vorschlägen melden, was durch den Staat honoriert werden sollte.

Eigenartig für mich: Wenn es um staatliche finanzielle Unterstützung geht, dann ist das Geschrei nach Geld und Staat groß – aus der Wirtschaft soll er sich dann aber heraushalten.

Umgekehrt wird ein Schuh draus: Dort, wo staatliche Mittel, also Steuergelder, eingesetzt werden, muss sich der Staat auch dauerhaft ein Mitspracherecht sichern.

Dort, wo Steuergelder eingesetzt werden, in die „Sanierung von Betrieben fließen, müssen daraus Belegschaftsanteile werden“. (O.L.)

Franz Müntefering hat mal gesagt, dass es „unfair“ sei, die Parteien an ihren Wahlversprechen zu messen. Wie stehen Sie dazu?

Das ist ja wie der Aufruf zur kollektiven Demenz. Aber das sind ja auch Erfahrungswerte von Müntefering: Vor der Wahl

wird gesagt, es gibt keine Mehrwertsteuererhöhung, und dann kommt im Ergebnis eine noch höhere heraus, als die, über die vorher diskutiert wurde.

Ich bin für ständige Rechenschaft des einzelnen Abgeordneten und der Parteien zu ihren Programmen und Wahlversprechen nicht nur zu Wahlzeiten.

Dazu gehört, dass man sich nicht nur in Wahlkämpfen in der Öffentlichkeit den Fragen der Bevölkerung stellt, sondern das Mandat als eine Verpflichtung zur Transparenz des eigenen Handelns sieht.

Ein Interview mit Ihnen wäre unvollständig, würden wir nicht auch noch auf Ihre große Leidenschaft, den Sport, kommen. Boxen Sie noch?

Nein boxen – dazu bin ich jetzt wirklich in einem Alter, wo ich mir das nicht mehr antun muss.

Wenn es meine Zeit erlaubt, gehe ich zu den Boxkämpfen von Motor Babelsberg und ich unterstütze auch im Rahmen meiner Möglichkeit die Freunde vom Boxverein Babelsberg e.V., weil ich eine Riesenhochachtung vor deren Arbeit habe. Meine jetzige Leidenschaft ist das Engagement für den 1. FFC Turbine Potsdam.

Na dann viel Erfolg und für den 27. September 2009 und darüber hinaus alles Gute.

(Mehr Infos über Rolf Kutzmutz unter www.rolfs-revier.de)



Mittelstand und Mindestlohn

Die Probleme des Mittelstandes, der ja sehr differenziert zu werten ist, sind insbesondere im Bereich der Kleinstunternehmen – also bis 10 Beschäftigte – noch immer so wie vor Jahren schon.

Sie haben nicht ausreichend Eigenkapital, erhalten nur selten Kredite, von Fördermitteln ganz zu schweigen und beuten sich zu einem hohen Maße selbst aus. Es geht um die Pflege des Bestandes und die Unterstützung von Menschen, die den Schritt in die Selbstständigkeit gehen.

Hier, sowohl im kommunalen Bereich als eben auch auf der Bundesebene, zielgenaue Unterstützung zu leisten, ist eine wichtige Aufgabe, der ich mich gern widme. Kontakte habe ich ja durch meine Mitgliedschaft (obwohl kein Unternehmer) im

Verband und durch die vielen Kontakte im Wahlkreis, die weit über Potsdam hinausgehen.

Mit Interesse habe ich gelesen, dass jetzt auch die Kandidaten der SPD positiv zu einem gesetzlichen Mindestlohn stehen.

Es stimmt eben nicht, dass „jede Arbeit besser als keine Arbeit“ ist – diese Vorstellung lag ja den Hartz-Gesetzen und der „Agenda 2010“ der rot-grünen Regierung zugrunde. Manche haben das inzwischen verstanden.

Wer Mindestlöhne verteufelt, hat nicht erkannt, dass Lohn- und Sozialdumping die Binnen- nachfrage schwächen oder abwürgen. Manche Mittelständler – aber meist sind es Verbandsfunktionäre – sehen nicht, dass mit Dumpinglöhnen der Ast, auf dem sie sitzen, abgesägt

wird. Wer soll denn Dienstleistungen nachfragen, wenn das Geld nicht einmal zum Leben reicht, wenn jemand, der Arbeit hat, zusätzlich vom Staat gestützt werden muss? Löhne sind nun einmal die Basis der Konsumnachfrage. Bei flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen ist geringer Lohn kein Wettbewerbsvorteil für unfaire Unternehmen bei Ausschreibungen mehr – das ist eine Tatsache. Und ich meine, dass für Kleinst- oder Kleinunternehmen auch Übergangsregelungen geschaffen werden können. Arbeitslosigkeit ist eben nicht die Folge zu hoher Löhne, und die aktuelle Krise ist – das konnte nun wirklich jeder sehen – ganz bestimmt nicht durch zu hohe Löhne ausgelöst worden

Rolf Kutzmutz



Auch in Sachen Sport – Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg packt zu

Er interessierte sich schon immer für Sport, zumindest passiv, und hatte aber über seine Tochter, die vor einigen Jahren aktiv im Volleyballteam des SC Potsdam spielte, einen Bezug hierfür. Und als der damalige Trainer zum Bundesstützpunkt nach Dresden ging und die Abteilung führungslos war, trat man an Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg heran, die Fäden in die Hand zu nehmen, ging es doch darum, den Volleyballsport im weiblichen Bereich in Potsdam am Leben zu erhalten. Er zögerte nicht, nahm den Ball in die

Hand, und mit ihm war auch eine Persönlichkeit gefunden, die sich öffentlich für die Förderung und Unterstützung dieses Mannschaftsspiels in der Landeshauptstadt wirksam einsetzte. Trotz mancher Hürden, die genommen werden mussten, blieben die Erfolge nicht aus. Die 1. Damenmannschaft spielt erfolgreich in der II. Bundesliga und schaffte 2009 den Aufstieg in die Eliteliga, welche am 20. Oktober ihren Auftakt mit einem Heimspiel hat. Weitere Teams agieren in den verschiedensten Li-

gen des Verbandes. Aber, da ist noch mehr! Dr. Scharfenberg hat maßgeblichen Anteil daran, dass nun nach langem Hin und Her, das Funktionsgebäude des Jugendclubs „OFFLINE“ und der Geschäftsstelle des SC Potsdam im Wohngebiet Kirchsteigfeld errichtet wird. Als Sprecher des Kuratoriums hält er die wichtigen Kontakte zu Förderern des größten Vereins der Region, ohne deren wirksame Unterstützung die breite Sportpalette des SCP undenkbar wäre.

Gerhard Pohl, SC Potsdam

Zusammenarbeit, die Früchte trägt

Als ich vor fünfeinhalb Jahren meine Arbeit im Kindertreff am Stern auf dem Johannes-Kepler-Platz aufnahm, bestand eine der Herausforderungen darin, Kontakte mit den Akteuren im Wohngebiet zu entwickeln.

Bei dieser – nicht immer leichten – Aufgabe kam uns entgegen, dass uns nicht nur die damals noch recht junge und sehr vitale BI mit offenen Armen empfangen hat, sondern auch die PDS freundschaftlich und mit Interesse an unserer Arbeit auf uns zukam.

Beginnend mit der gemeinsamen Gestaltung und Ausrichtung eines Kinderfestes im Jahr 2004, entwickelten sich über die Zeit ein kontinuierlicher Kontakt und eine erfreuliche Zusammenarbeit zwischen Jana Schul-

ze von der Bürgerinitiative in der Galileistraße, dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. H.-J. Scharfenberg, und dem Kindertreff, der sich bis heute in positiver Weise entwickelt hat.

Das konkrete Handeln und die Unterstützung der Politik vor Ort ließ für die von uns betreuten Kinder, deren Entwicklung uns sehr am Herzen liegt, Wünsche wahr werden. Sowohl im vergangenen als auch in diesem Jahr machte sich Herr Dr. Scharfenberg für uns stark und schaffte es, Sponsoren zu gewinnen, die unsere jährliche Sommerreise an die Müritz mit 1000 Euro unterstützten. Diese Ferienfreizeit, die für viele Kinder den Jahreshöhepunkt darstellt, konnte durch diese Spenden mit einem Tagesausflug an

die Ostsee noch attraktiver gestaltet werden.

Darüber hinaus ließ Herr Dr. Scharfenberg uns jüngst unbürokratische Hilfe in Hinsicht auf die Sicherstellung unseres täglichen Mittagessens zukommen. Gemeinsam mit den Kindern bereiten unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen warme Speisen für rund 25 bis 30 Kinder zu und sichern ihnen auf diese Weise ein kostenfreies und nahrhaftes Mahl.

Über diese Kooperation zum Wohl der von uns betreuten Kinder sind wir vom Kindertreff am Stern sehr dankbar.

*Tobias Klein,
Koordinator des Kindertreffs
am Stern
Johannes-Kepler-Platz 3
14480 Potsdam*

Eine große Unterstützung

Am 10. Oktober gibt es unseren Mieterclub MCS 20 ein Jahr.

Unser Haus hat 92 Wohnungen – ein „Dorf für sich“ mitten in der Stadt Potsdam. Mieter von drei Kontinenten und sieben Nationen sind unter dem Dach des Hauses vereint. Und so unterschiedlich, wie die Menschen mit ihrer Herkunft, Weltanschauungen und Traditionen sind, sind auch die Probleme. Unser Ziel ist es, dass die Mieter nicht nur ein Dach über dem Kopf haben, sondern sich wohlfühlen, miteinander reden und handeln – eben wie in einem kleinen Dorf.

Aller Anfang war und ist schwer! Bisher fehlt uns ein geeigneter Raum, in dem wir Veranstaltungen für unsere Mieter im eigenen Haus durchführen können. Hier hat der Vermieter Bereitschaft signalisiert.

Trotzdem gab es bereits mehrere tolle Erlebnisse für große und klei-

ne Hausbewohner: Ein Weihnachtsbaum im Haus und der Nikolaus für alle Kinder, Backen für den Weihnachtsmarkt, Frauentagsfeier, der Osterhase war da, und wir fuhren mit den Kindern zum Kindertag auf den Spargelhof nach Klaitow. Wir waren beim Nachbarschaftstag und dem Stadtteilfest vertreten. Mittlerweile gab es das 2. Hausfest.

Wir nehmen diejenigen, die mit uns reden, gern beim Wort – von der „Kirche im Kiez“ bis zur Stadtverwaltung. Es gibt zwei Personen bzw. Institutionen, wo wir jederzeit unsere großen und kleinen Sorgen loswerden konnten: das Haus der Generationen und Dr. Scharfenberg als Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Dr. Scharfenberg war und ist uns eine große, ehrliche und nicht zuletzt moralische Unterstützung

*Guðrun Stachowitz,
MC Schilfhof 20*

Ein Mann, auf den Verlass ist

Der Schlaatz ist – städtebaulich und von der Sozialstruktur – eines der kompliziertesten Wohngebiete in Potsdam.

Die Versorgung und Erschließung der Wohnquartiere sind deshalb wichtige Elemente der Wohnqualität für die Schlaatzbewohner, die zur Stabilisierung erhalten und ausgebaut werden müssen.

Unser langjähriger Abgeordneter Hans-Jürgen Scharfenberg hat sich sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch im Landtag Brandenburg nachhaltig für die Anliegen und Probleme der Bürger im Wohngebiet eingesetzt und Lösungen mit der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam und der Wirtschaft organisiert.

Im Jahre 2005 hat REWE die Schließung der Kaufhalle im Zentrum des Schlaatz – ebenso wie 2009 im Zentrum-Ost – angekündigt. Eine Bürgerinitiative hat sich

an Dr. Scharfenberg und an das Büro von Herrn Platzek im Bürgerhaus gewandt. Herr Platzek hat nicht reagiert. Heute steht eine neue REWE-Halle, die ursprünglich an die Schnellstraße sollte, an der Alten Zauche am Schlaatz: Gleichzeitig wurde zwischen REWE und der Stadtverwaltung vereinbart, eine kleinere, auf den Bedarf des Wohngebietes abgestimmte Versorgungseinrichtung bis 2009/10 im Zentrum aufzubauen.

Eine Lösung auch für Zentrum-Ost?

Der Abgeordnete Scharfenberg hat weitere Bürgerinitiativen des Wohngebietes unterstützt und auch für Vorschläge Mehrheiten in der SVV organisiert. Beispiele sind der Beschluss der SVV vom September 2008 zur Bestandssicherung der 220 Garagen „Unter den Eichen und Meisenweg“ bis 2018. Auch die von über 250 Bürgern geforderte

provisorische Sanierung des Radweges zwischen Schlaatz und Stern-Center in den letzten Monaten ist seinem Einsatz zu danken.

Wir Bürger vom Schlaatz wünschen uns von allen unseren Abgeordneten solche Unterstützung bei der Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität und der Erhaltung der Lebensfähigkeit des Wohngebietszentrums. Gelegenheit dafür zu arbeiten, besteht mit der Sicherung der Nahversorgung im Zentrum vom Schlaatz bis 2010 durch Unterstützung der Vorlage der LINKEN in der SVV und bei der Arbeit an der Wohnungsbaukonzeption bis 2020 durch Aufnahme Wohngebietsbezogener Maßnahmen zur Entwicklung der Wohnqualität.

R. Fiedler, Initiator von Bürgerinitiativen zu Schlaatzproblemen und amt. Vorsitzender des Babelsberger Mietervereins

Anita Tack kümmert sich – Von wegen: Eine Frau ein Wörterbuch!

Berliner Straße 88. Kontakt zum Betreiber der Werkstatt und des Biker-Cafés (alte Minoltankstelle), Herrn Werner Heuser, dessen Existenz durch den geplanten Verkauf der Liegenschaft bedroht ist. Kontaktaufnahme zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung der Stadt und zum Wirtschaftsministerium.

Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“. Gespräche mit Präsident, Prof. Dr. sc. Dieter Wiedemann, über die bessere Verbindung zur Stadt Potsdam und über Pläne zum Mensabau und zum Bedarf an weiteren Raumkapazitäten.

Foerster-Grundschule. Schulwegsicherheit ist ein ständiges Thema rund um die Schule und die benachbarten Kitas. Dazu steht Anita Tack im regen Briefwechsel und führt Gespräche mit Schulleiterin und Elternvertretung. Am nationalen Vorlesetag beteiligt sich Frau Tack bereits traditionell.

Markt Center. Um dem zunehmenden Leerstand zu begegnen, führte Frau Tack u. a. Gespräche mit dem Management; brachte einen Antrag an den Oberbürgermeister in der SVV ein und führte weitere Gespräche mit der Wirtschaftsförderung der Stadt.

Lärmschutz Neuendorfer Straße. Dem jahrelang schwelenden Lärmschutzproblem in der Neuendorfer Straße 41, hat sich Anita Tack angenommen, einen Brief an den Oberbürgermeister geschrieben, mit dem zuständigen Landesbetrieb für Straßenwesen gesprochen und einen Brief an den Infrastrukturminderminister zur Schaffung von Lärmschutz geschrieben. Sie wird an dem Thema dranbleiben.

Kleingärten Babelsberg. Gemeinsam mit ihren Kollegen der LINKEN führte sie Gespräche in den betroffenen Sparten, als es Pläne gab, dort Baurecht zu schaffen bis hin zur Rücknahme der Pläne im Bauausschuss und in der SVV.

Radverkehr in der Zeppelinstraße und der Kastanienallee. Briefwechsel zum Thema Probleme des Radverkehrs und fehlender Radwege in Potsdam West, auch hier gibt es weitere Aktivitäten.

Fahrkartenkontrollen des ViP. Gespräche mit dem ViP und der beauftragten Firma, die die Kontrolleure stellt, als es Beschwerden über deren Tätigkeit gab.

Verkehr in Potsdam. Dies ist eine ständige Problematik mit vielen Gesprächen, Ideen und Schlussfolgerungen, die dann in die Arbeit im Landtag und in der SVV einfließen oder an den Verkehrsbetrieb weitergegeben werden.

Ampel Pappelallee – Georg Hermann-Allee. Gespräche und Briefwechsel, um die vorhandene Ampel einfach nur in Betrieb zu nehmen und damit Verkehrssicherheit v. a. für Kinder herzustellen.

Am Sportplatz: Abwasserleitungen und Sporthalle. Rund um den Sportplatz Sandscholle zunächst Verhinderung der Kostenbeteiligung der Anwohner bei Wasser- und Abwasserleitungen; dann Gespräche zur dort ins Gespräch gebrachten Ersatzsporthalle für die im Park Babelsberg zum Abriss vorgesehene Sporthalle.

Gestaltung der Potsdamer Mitte. Internetumfrage und viele Gespräche mit Bürgern über deren Ideen und Vorstellungen zur Stadtentwicklung.

Rente für geschiedene DDR-Frauen. Dies ist eigentlich ein Bundesproblem, das aber in seinen konkreten Auswirkungen die Frauen vor Ort betrifft. Deshalb war die Sensibilisierung der Politik und Verwaltung auf Landesebene gefragt.

Grab Eva und Kurt Laube. Nach Bürgerhinweisen konnte erreicht werden, dass das Grab des ehemaligen Bürgermeisters, Spanienkämpfers und Buchenwaldhäftlings und seiner Frau, ebenfalls eine antifaschistische Widerstandskämpferin, nicht beseitigt, sondern weiter gepflegt wird.

Restaurant Freundschaftsinsel. Gespräche und Briefwechsel zum Zustand des Restaurants auf der Freundschaftsinsel.

Haus des Reisens. Versuche, die Wohnungen zu erhalten oder wenigstens angemessenen Ersatz zu schaffen, und der Skulptur „Flugschiff“ einen neuen Standort zu geben. Letzteres wird demnächst erfolgen.

Bahnhof Pirschheide. Gespräche mit den größeren Anliegern (Hotels, Campingplatz usw.) über deren Interesse an einer guten Anbindung zum BBI durch Halt der Bahn am Bahnhof Pirschheide.

Grundschule „Max Dortu“. Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten und der Verkehrsverlagerung führte sie vielfältige Gespräche und Aktionen, um die Sicherheit der Schüler zu gewährleisten.

Verkehrsführung Auf dem Kiewitt. Gespräche und Briefwechsel zur Umwidmung von Straßen und zur Sicherheit der dort Wohnenden.



Die Frau, die über die Verkehrssicherheit wacht

Wachen kann man über vieles – über den Frieden, das Glück der Kinder, den Landeshaushalt und.....über den Straßenverkehr. Besser noch über die Straßenverkehrssicherheit. Das macht Anita Tack seit 7 Jahren besonders – als Präsidentin der Landesverkehrswacht Brandenburg e.V. Für rund 650 ehrenamtliche Verkehrswächter im Land ist sie die Frau an vorderster Front, wenn es gilt, Sicherheitsprojekte für Kinder bis zu Senioren umzusetzen. So mancher Strauß ist dabei auszufechten, wenn die Sicherheit zu Gunsten von Bauprojekten, von ausgedünntem öffentlichem Schülerverkehr oder mangels Personal im Schulbereich abhanden kommt. Die Verkehrswachen setzen insgesamt 30 Bundes- und Landesprojekte um – ob es um sicheren Schulweg, Verkehrs- und Bewegungserziehung im Kindergarten, Radfahrausbildung, Fahrstrainingstrainings oder die sichere Nutzung des ÖPNV geht: Anita Tack ist für die Verkehrswachen und ihren Vorstand kompetente Ansprechpartnerin und „Kümmern“. Erst in der ersten Septemberwoche wurde auf ihre Initiative der Stein für die im Straßenverkehr Brandenburgs getöteten Kinder aktualisiert. „Verkehrserziehung und -bildung ist uns wichtig, dafür stehen wir mit der Kraft unseres Ehren-

amtes – damit in Brandenburg die Vision Zero Realität wird“, sagt die Präsidentin, der ich ab 2010 eine weitere Amtszeit wünsche.

DIE LINKE fordert bezahlbare Mobilität für alle!

Von Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN und Direktkandidatin im Wahlkreis 21

In einem Flächenland wie Brandenburg mit großen räumlichen Distanzen ist Mobilität für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung für ihr Leben. DIE LINKE nimmt daher Einschränkungen von Mobilität aufgrund unzureichender Verkehrsangebote oder eines geringen Einkommens, wie sie von der SPD/CDU-Koalition beschlossen wurden, nicht hin. Denn sie schaffen soziale Barrieren und münden in Ausgrenzung. Deshalb halten wir an einem Sozialticket fest, vergleichbar dem Seniorenticket. Es soll allen Beziehern von Sozialleistungen, wie Arbeitslosengeld II, die Nutzung aller Verkehrsmittel auch in Brandenburg und Berlin zum Preis von 45 Euro pro Monat ermöglichen. Die Finanzierung soll aus dem Verkehrshaushalt des Landes erfolgen. Zudem sollen mindestens 20 Euro vom Ticketpreis von der Agentur

für Arbeit als zusätzliche Mobilitätspauschale zur beruflichen Neuorientierung getragen werden. Zu deutlich abgestuften Preisen soll das Ticket auch als Tagesfahrkarte in Städten erhältlich sein.

Neben einer flächendeckenden öffentlichen Verkehrsinfrastruktur verlangen wir insbesondere den Abbau von sozialen Barrieren für Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger, u.a. auch sogenannten „Aufstockern“, von geringfügig Verdienenden und von Altersarmut sowie von Kinderarmut Betroffenen. Beitragsfreie Schülerbeförderung ist im Land Brandenburg immer noch die Ausnahme und beschränkt sich meist auf die anteilige Finanzierung des direkten Schulverkehrs.

DIE LINKE will mit ihren Schlüsselvorhaben „Sozialticket für die ganze Region und für Einzelfahrten“ und „Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung“ für soziale Mobilität sorgen, damit soziale Barrieren verschwinden und die z. T. wachsende zunehmende soziale, politische und kulturelle Ausgrenzung ganzer Menschengruppen beendet wird. So bedarf es landesweiter Regelungen, um die finanziellen Ungerechtigkeiten bei der Schülerbeförderung zu beseitigen. Denn: Bildung ist eine Landesaufgabe. Der Schulweg, der möglichst kurz und sicher sein sollte, gehört dazu. Deshalb fordert DIE LINKE im Interesse sozialer Gerechtigkeit, dass die Kosten für die Schülerbeförderung wieder in Landesverantwortung übernommen werden.

Die DDR in Schnipseln

Eine Debatte über die Geschichte der DDR ist immer noch schwierig. Ich habe kein Gesamtbild, sondern nur Schnipsel anzubieten.

Die Debatte ist wichtig. Wenn sie ein neues Selbstverständnis von Sozialismus hervorbringen hilft. Raus aus der Defensive, auch bezüglich der Vergangenheit.

Die Initiatoren bieten Hauptgründe für Fehlentwicklungen an. „Das Scheitern der DDR ist primär auf das Nichterreichen der selbst gesetzten Maßstäbe zur Erreichung eines hohen Lebensstandards ... zurückzuführen. Und der entscheidende Konstruktionsfehler des Realsozialismus war die ungenügende Verknüpfung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.“ Mir scheint das ein Widerspruch zu sein. Wie schnell gingen die Parolen von „Wir sind das Volk“ über zu „Kommt die D-Mark

nicht zu uns, kommen wir zur D-Mark“?

Kommt wirklich erst das Fresen und dann die Moral? Bietet der renditefetischisierende Kapitalismus eine Alternative? Wo ist der menschliche Weg?

Der Mauerbau, ökonomisch begründbar, stellt für mich die sichtbarste Abkehr vom freiheitlichen sozialistischen Staat dar.

Eine Regierung nimmt sein Volk als Geisel, da kann nur Tyrannei folgen, selbst wenn sie nicht so empfunden wird. Dies verdeutlicht die Denkweise der Herrschenden, ist aber auch nicht innerhalb des Systems zu revidieren. Welche Schlussfolgerung lässt der Mauerbau über stalinistisch konditionierte Menschenbilder zu?

Paradoerweise implodiert die Linke mit dem Ende der DDR. „Der Kapitalismus hat gesiegt.“ Frische Arbeitskräfte

ließen den Druck auf Löhne steigen. Die SPD ließ Hedgefonds ins Land und erklärte den Hindukusch zur ersten Verteidigungslinie. Ein konsequentes Ergebnis ist der Wirtschaftskollaps, das Auseinanderdriften der Einkommen. Wenn die Westdeutschen wüssten, wovor die Mauer sie bewahrt hat.

Lebenslügen begleiten die deutschen Teilrepubliken: In der BRD wurde entnazifiziert, die DDR war ein antifaschistischer Staat. Die wichtigste Leistung der CDU/CSU ist die Integration der Faschisten in das demokratische System BRD und ihre Zähmung, erkaufte durch den Verzicht auf Strafverfolgung. Für Ostdeutschland hat die SED/PDS/LINKE diesen Part übernommen, ohne die Verteilung von Macht und Eigentum.

„Meine kleine DDR“, hat Stolpe Brandenburg genannt. Heimeligkeit als Surrogat für

Solidarität und Chancengleichheit. So wie der derzeitige MP Respekt vor Lebensleistung vorgekauelt.

Ich habe das Zusammenwachsen in Berlin tatsächlich erleben dürfen.

Aber die Unterschiede sind gering. Hier wie dort gibt es Mutige und Furchtsame, Intelligente und Bauernschlaue. Um es mit einer Kollegin zu sagen: „Früher durften wir keinen Pieps über die Politik sagen. Heute kann ich alles sagen. Nur interessiert das niemanden. Dagegen konnten wir früher im Betrieb auf den Putz hauen, dann hat sich was getan. Heute kannst Du das nicht trauen.“ Ihr dürft raten, wo sie ihre ersten Jahre verbracht hat. Aber nur einmal.

Olaf Willuhn
gekürzt. Original:

www.dielinke-potsdam.de

Demokratie wagen?

Mich freut, dass im „forum“ (PaS August 2009/Seite 10) eine ganze Seite der Diskussion über die DDR und ihre Geschichte gewidmet ist und hoffe, dass die Diskussion weiterhin stattfindet. Nach 20 Jahren haben wir genügend Abstand, um diese Fragen sachlich zu behandeln. Und wir sind diejenigen, die diese Diskussion am dringendsten brauchen. Wir müssen auf Grund unserer Erfahrungen neue Vorstellungen erarbeiten, um die Entwicklung zu einer **Gesellschaft ohne Ausbeutung**, was ja schliesslich unser fernes Ziel ist, voranzubringen.

Es gibt dabei eine ganze Reihe von offenen Problemen. Wir wissen, dass die DDR-Demokratie völlig unzureichend entwickelt war. Nicht umsonst wird in allen Dokumenten unserer Partei heute die Notwendigkeit von Demokratie betont, was ich für sehr richtig halte. Aber es gibt nicht ‚eine Demokratie‘! In der Enzyklopädie steht unter dem Stichwort Demokratie: „**Bezeichnung für eine Vielzahl von politischen Ordnungen,**

in denen sich die Herrschaft auf den Willen des Volkes beruft und dem Volk rechenschaftspflichtig ist.“¹ Wir wissen, dass die Demokratie, in der wir gegenwärtig und auch in absehbarer Zukunft leben, doch sehr unbefriedigend ist. Ich brauche auf die vielen Widersprüche und Defizite hier nicht einzugehen. Es ist eine bürgerliche Demokratie, die zu ihrer Zeit zweifellos einen großen Fortschritt darstellte, aber sie wird sicher nicht diejenige Demokratie sein, die unsere Zukunft, ein Leben ohne Ausbeutung in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität, ermöglicht.

Diese Frage wird leider zur Zeit trotz ihrer grundlegenden Bedeutung wenig diskutiert.

Die Demokratie, in der wir leben, ist eine **Diktatur der Mehrheit**, gleichgültig, wie diese zustande kommt. Wir kennen das gerade in Brandenburg sehr gut, wo unsere Vorschläge im Landtag grundsätzlich niedergestimmt werden! Die Frage ist, mit welchem Ansatz können wir eine solche Diskussion beginnen? Ich sehe eine Mög-

lichkeit. Wir hatten in der DDR eine kurze Phase, in der die demokratische Ordnung anders gestaltet wurde: Die Phase des Runden Tisches. Die Mehrheit (SED) hat damals nicht mehr die Entscheidungen alleine gefällt. Es mussten die Meinungen der Minderheiten berücksichtigt werden. Diese Alternative sollten wir genauer untersuchen und prüfen, wie weit sie, oder eine ihrer Modifikationen, für eine zukünftige Anwendung geeignet erscheinen, oder ob man sich noch andere Formen einer **Minderheitendemokratie** denken kann.

Nun wird das manchem als eine sehr abstrakte Fragestellung erscheinen, denn wir haben in absehbarer Zeit kaum die Aussicht, die demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu verändern. Aber in einer Richtung haben wir durchaus die Möglichkeit, das Ergebnis einer solchen Diskussion anzuwenden und damit zu prüfen: Die demokratische Ordnung innerhalb unserer Partei² können wir weitgehend selber bestimmen. Erinnert Euch an die

ersten Jahre der Grünen, als diese versuchten neue Wege zu gehen und ihre innere Demokratie nach eigenem Ermessen definierten! Auch aus deren mehrjährigen Erfahrungen sollten wir unbedingt lernen. Auf diese Weise könnten wir selber etwas für unsere zukünftige Entwicklung unternehmen. Die Suche nach neuen Formen einer linken Demokratie und ihre Anwendung zunächst in unserer Partei entspricht gerade der in den programmatischen Eckpunkten erhobenen Forderung: „Mehr Demokratie wagen“³!

Gerhard Ruben

¹ „Demokratie“, Microsoft® Encarta® 99 Enzyklopädie. © 1993-1998 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten.

² Bundessatzung der Partei DIE LINKE: (1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, sofern diese Bundessatzung, die Wahlordnung, eine Landessatzung oder eine Kreissatzung nicht ausdrücklich eine andere Mehrheit vorsehen.

³ Programmatische Eckpunkte - Abschnitt III - 4. Politik

Neues Schuljahr mit alten Problemen

Das neue Schuljahr hat erneut mit gravierenden personellen Problemen begonnen. Die Folgen der verfehlten Personalpolitik der Landesregierung werden immer offensichtlicher: Um- und Versetzungen gefährden weiterhin die Kontinuität an Schulen und rufen Proteste vor allem von Seiten der Eltern hervor, weil sie intransparent und nicht nachvollziehbar sind. Die Personalausstattung der Schulen wird weiter heruntergefahren, die Unterrichtsversorgung nicht ausreichend abgesichert. Das alles ist Ergebnis der Personalpolitik von SPD und CDU.

Der Krankenstand der Lehrkräfte wird immer höher – zu Beginn der Legislatur resultierten ca. 60 Prozent des Vertretungsbedarfs an den Schulen aus Krankheit – heute sind es 71,4 Prozent. Das Stundenkontingent, das den Schulen als Vertretungsreserve zur Verfügung steht, ist unzureichend, so dass Klassen und Kurse zusammengelegt bzw. Schülerinnen und Schüler still beschäftigt werden müssen. Die Notwendigkeit, mehr und jüngere Lehrkräfte einzustellen, wird immer größer. Doch die Landesregierung reagiert nahezu fahrlässig. Zum Schuljahr 2009/10 sind weitere 600 Stellen gekürzt worden. DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen und unverzüglich die jährliche Einstellung von 500 jungen Lehrkräften.

Der Kampf um kurze und sichere Schulwege und eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung geht ebenfalls weiter. Wie in den vergangenen Jahren erhielten auch in diesem Jahr alle Erstklässler von der Landesverkehrswacht ein rotes Basecap zum Schulanfang, mit dem sie im Straßenverkehr gut gesehen werden und so auf sich aufmerksam machen können.

Anita Tack



Vertreter der Fraktion DIE ANDERE, Anita Tack, MdL, Klaus-Uwe Gunold und Jens Gruschka von der Potsdamer LINKEN ehren Max Dortu aus Anlass seines 160. Todestages am 12. Juli 2009 an der Ehrentafel an der Max-Dortu-Schule in Potsdam.

Bürgerbegehren geht weiter

Im Streit um die öffentliche Nutzung des Uferwegs am Griebnitzsee hat DIE LINKE in Potsdam ein Bürgerbegehren gestartet. Darin fordern wir die freie Zugänglichkeit des Seeufers mit „allen rechtlich zulässigen Möglichkeiten dauerhaft zu sichern“. Das Vorhaben soll keine Entscheidung durch die Stadt erzwingen, sondern ein konsequentes Vorgehen für einen freien Uferweg unterstützen. Wer sich noch nicht eingetragen hat, kann das tun. Die Listen liegen im Wahlquartier der LINKEN in den Bahnhofspassagen, aber auch im Thalia und anderen Einrichtungen aus. Sollten das geplante Begehren mehr als zehn Prozent der wahlberechtigten Potsdamer unterschreiben, muss sich das Stadtparlament mit der Forderung nach einer alle rechtlichen Möglichkeiten ausreizenden Sicherung des öffentlichen Uferwegs beschäftigen.

So seh'n Sieger aus...



Mehr als 6.000 Besucher drängelten sich zu den 13. Potsdamer Wasserspielen hinter dem art'hotel an der Havel. Auf dem Wasser bei der traditionellen Regatta die Zwanziger-Kanadier der Parteien (DIE LINKE, SPD, FDP und DIE GRÜNEN), Wirtschaft und der Medien. Das Boot der LINKEN war zum vierten Male das Beste der Parteienboote. Der Riesenkanadier der LINKEN mit Hans-Jürgen Scharfenberg als Schlagmann, Rolf Kutzmutz und Günther Waschkuhn und anderen (Foto) kam hinter der IHK auf einen hervorragenden zweiten Platz und verwies damit die Mannschaften der FDP (Rang 3) und der Medien (Rang 4) auf die Plätze. Die Boote der SPD und von Bündnis90/Die Grünen landeten abgeschlagen auf den Plätzen 5 und 6. Bezeichnend war die mediale Bewertung – man könne daraus „keine Schlüsse für den Ausgang der Landtagswahl“ ziehen – beeilten sich die Journalisten zu postulieren. Ob die Medien das auch so bewertet hätten, wenn die SPD gesiegt hätte?!

Fanfarenzug Potsdam – unsere Weltmeister



Die Stadt Potsdam ist stolz auf den Marschweltmeister 2009 der Marching Show Bands – auf unseren Fanfarenzug Potsdam. Anfang August 2009 stellten sich die Kinder und Jugendlichen dem Wettkampfrichter im holländischen Kerkrade und verglichen sich mit weiteren 15 Bands. Im Ergebnis wurde der Marschwettbewerb gewonnen, und konnte im Showwettbewerb ein sehr beachtlicher 5. Platz errungen werden. Zugleich ist der Fanfarenzug Potsdam damit beste europäische Marchingband des Wettbewerbes.

Der Titel und die gute Platzierung kommen gerade recht, um die letzte Etappe auf dem Weg zur WM-Ausrichtung im nächsten Jahr in Potsdam einzuläuten. Die Weltmeisterschaft der Marching Show Bands wird in der Zeit vom 25. Juli bis 1. August 2010 in unserer Stadt ausgerichtet. Die Vorbereitungen auf diesen Höhepunkt haben bereits begonnen.

Kinder und Jugendliche aus vielen Ländern werden in unserer Stadt zu Gast sein, so dass dieser Höhepunkt im Veranstaltungskalender 2010 der Stadt Potsdam sehr gut zum Motto des nächsten Jahres „Stadt der Familie“ passt.

Gedenkstättenfahrt der Linksjugend

Eine Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück erzählte bei einem Besuch in der Gedenkstätte: „Wenn all die Geschichten von Deutschen, die Brot über die Mauer von Ravensbrück geworfen haben wollen, stimmen würden, dann wären wir Häftlinge wohl von herumfliegenden Brotlaibern erschlagen worden und nicht an Hunger gestorben.“ Damit hat sie einen aktuellen Trend in der Diskussion über die Shoah in Deutschland treffend auf den Punkt gebracht: In den Erinnerungen tauchen immer mehr vermeintliche WiderstandskämpferInnen und HelferInnen auf, andere – und sehr fragwürdige – Opfergruppen werden betont, TäterInnen verschwinden zudem ganz aus dem Blickfeld oder werden europäisiert. Dieser Tendenz will die Linksjugend [‘solid] Brandenburg auch in diesem Jahr wieder begegnen: Mit einer Fahrt Anfang November in die Gedenkstätte Auschwitz und nach Krakow. Hier wollen wir die Rollen von TäterInnen, Opfern und ZuschauerInnen klar voneinander trennen und uns auch mit unserem eigenen Hintergrund als Nachkommen von Täter- und ZuschauerInnen beschäftigen, Gespräche, wie wir sie vom Küchentisch kennen, kritisch hinterfragen, uns mit der Geschichte des KZ Auschwitz, aber auch beispielsweise mit der Rolle von Antisemitismus, Geschlecht und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus beschäftigen.

Daniel Poensgen



Rolf Kutzmutz präsentiert

Reinhold Andert und Edgar Külow
„Zur Lage der Nation“

- ▶ am Dienstag, 22.09.2009, 19.00 Uhr im Gasthof „Zum Mühlengrund“ Saarmund
- ▶ am Donnerstag, 24.09.2009, 18.30 Uhr im Rathausaal Kleinmachnow



Bürgerhaushalt 2010

Bürgervorschläge zum Stadthaushalt sind gefragt!

Für alle Potsdamerinnen und Potsdamer, die aktiv an der Gestaltung der Stadt teilnehmen möchten, besteht noch die Möglichkeit, eigene Vorschläge und Anregungen einzubringen. **Erstmals besteht dazu in diesem Jahr die Möglichkeit, telefonisch unter 0331 289-1120 Vorschläge abzugeben.** Auch werden Vertreter des Projektteams auf folgenden Stadtfesten vertreten sein, um Ihre Vorschläge persönlich entgegenzunehmen: 5. Genossenschaftstag und Stadtfest Stern (12.9.), Fest der To-

leranz, Demokratie und Gewaltfreiheit (20.9.).

Im Rahmen des Bürgerhaushalts 2010 stehen folgende Themenfelder zur Diskussion: Öffentlicher Personennahverkehr, Gemeindesteuern, Kulturförderung, Sportförderung, Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement, Volkshochschule, Klimaschutz, Jugendarbeit, Wege und Plätze, Grünanlagen, Bäume und Spielplätze, Gesundheitsschutz- und -förderung.

Zu diesen Beteiligungsfeldern

werden Ideen gesucht, wie Stadtteile schöner gestaltet werden sollten, kann auf Missstände im direkten Lebensumfeld aufmerksam gemacht oder können Verbesserung- bzw. Einsparungspotentiale benannt werden. Je mehr Potsdamerinnen und Potsdamer mitmachen, um so mehr wird der Bürgerhaushalt zu dem, was er sein soll – eine Unterstützung für die gemeinsame Gestaltung der Stadt!

Letztmalig besteht die Möglichkeit, eigene Vorschläge auf den drei Bürgerversammlungen am 29. und 30. September und 1. Oktober 2009 einzubringen.

Stadtteilversammlungen Bürgerhaushalt 2010

- Di, 29. September 2009, 18 Uhr, Bahnhofspassagen Potsdam, Babelsberger Str. 16, Potsdam
 - Mi, 30. September 2009, 18 Uhr, Bürgerhaus Sternzeichen, Galileistr. 37-39, 14480 Potsdam
 - Do, 1. Oktober 2009, 18 Uhr, Biosphäre Potsdam, Georg-Hermann-Allee 99, 14469 Potsdam
- Informationen zum Projekt sowie Beteiligungsbögen erhalten Sie im Bürgerservice im Stadthaus Potsdam oder im Internet unter www.potsdam.de/buergerhaushalt.**



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Mittwoch, 16.09.2009, 14.00 – 16.00 Uhr: Aktion Am Schlaatz – Kaffeeklatsch mit Hans-Jürgen Scharfenberg im Haus der Generationen und Kulturen, Milanhorst 9.

Mittwoch, 16.09.2009, 17.00 – 18.00 Uhr: Wohnen in Potsdam – Diskussion mit Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg. Wahlquartier, Hauptbahnhof Potsdam

Mittwoch, 16.09.2009, 19.00 Uhr: Politalk mit Bundestagskandidaten im Club 18, Pietscherstraße, Am Stern

Donnerstag, 17.09.2009, 19.00 Uhr: Sitzung des Kreisvorstandes DIE LINKE im Wahlquartier, Hauptbahnhof Potsdam

Sonabend, 19.09.2009, 15.00 – 17.00 Uhr: Lesung mit Herbert Köfer im Wahlquartier Hauptbahnhof Potsdam

Sonntag, 20.09.2009, 12.00 – 16.00 Uhr: Toleranzfest der Stadt Potsdam, Platz vor dem Brandenburger Tor/Brandenburger Straße

Montag, 21.09.2009, 14.00 Uhr: „Musikalisches Herbstfest“. Bunter Nachmittag zur Verabschiedung des Sommers. Herr Manfred Bischoff gestaltet diesen Nachmittag mit Sprüchen, Rätseln und Liedern rund um den Herbst und mit viel Musik zum Mitsingen, Schunkeln und Tanzen. Es gibt kleine Preise zu gewinnen. *Dahlweid

Montag, 22.09.2009, 15.30 – 17.00 Uhr: Am Stern: Große Aufräumaktion am Bagarsee

Dienstag, 22.09.2009, 14.30 Uhr: Im Gespräch mit unserem Stadtverordneten, „Zauberhaftes Hiddensee im Frühsommer 2009“. Heiteres und Besinnli-

ches, Aktuelles und Historisches erzählt Dr. Herbert Schlohm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost, über einen interessanten Aufenthalt auf der Insel Hiddensee mit neuen Bildern und neuen Gedichten. *Dahlweid

Mittwoch, 23.09.2009, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlohm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *Dahlweid

Mittwoch, 23.09.2009, 16.00 – 19.00 Uhr: Bürgersprechstunde der Direktkandidaten, Rolf Kutzmutz, Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg im Wahlquartier, Hauptbahnhof Potsdam

Mittwoch, 23.09.2009, 19.00 Uhr: Unsere Kandidaten in der PNN- und Potsdam-tv-Talkrunde. Wilhelmgalerie

Freitag, 25.09.2009, 11.00 – 13.00 Uhr: „Gregor kommt“. Zentrale Wahlabschlussveranstaltung der LINKEN mit Gregor Gysi, Kerstin Kaiser, Dagmar Enkelmann, Rolf Kutzmutz, Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg. Platz vor dem Brandenburger Tor/Brandenburger Straße, Potsdam

Sonntag, 27.09.2009, ab 17.00 Uhr:

WAHLPARTY im Wahlquartier DIE LINKE, Hauptbahnhof Potsdam

Montag, 28.09.2009, 13.30 Uhr: Stunde der Musik: „Letzte Rose“ – von Sitten, Bräuchen und Liedern um den Herbst. Ein musikalischer Nachmittag aus der Reihe „Stunde der Musik“. Der Musik-

wissenschaftler Herr Dr. Eberhard Rudolph erzählt Ihnen Interessantes und Wissenswertes, von unglaublichen, lustigen oder schicksalhaften Begebenheiten, untermalt mit ausgewählten Musikbeispielen. *Dahlweid

Dienstag, 29.09.2009, 13.30 Uhr: Eine Expedition mit Prof. Dr.-Ing. Wilfried Korth: „Zu Fuß 700 km quer durch Grönland – dem Klimawandel auf der Spur“. Ein interessanter Nachmittag mit Prof. Dr.-Ing. Wilfried Korth, der zweimal mit einer Gruppe von Wissenschaftlern und Bergsteigern das Inlandeis Grönlands auf einer 700 km langen Strecke von Ost nach West zu Fuß überschritten hat, um die Änderungen dieses gigantischen Gletschers zu beobachten. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost